

Personal des öffentlichen Dienstes



Erscheinungsfolge des Qualitätsberichts: jährlich
Erschienen im: November 2009

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen:
Gruppe: VIC, Telefon: +49 (0) 611 / 75-43 16, Fax: +49 (0) 611 / 75 - 3977 oder E-Mail:
personalstatistiken.oeffentlicher-dienst@destatis.de

Kurzfassung

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

Seite 3

- *Bezeichnung der Statistik:* Personalstandstatistik • *Berichtszeitraum:* Stichtagserhebung zum 30.06.
- *Periodizität:* Jährlich • *Regionale Gliederung:* Öffentliche Arbeitgeber in Deutschland einschließlich im Ausland eingesetztes Personal • *Erhebungseinheiten:* Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber
- *Rechtsgrundlagen:* Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) sowie Bundesstatistikgesetz.

2 Zweck und Ziele der Statistik

Seite 4

- *Erhebungsinhalte:* Daten über die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber/des öffentlichen Dienstes nach ausgewählten Merkmalen z.B. Alter, Geschlecht, Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis, Bruttobezüge im Berichtsmonat Juni • *Zweck der Statistik:* Mit der Erhebung werden wichtige Grundinformationen zur Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts geliefert. Darüber hinaus ist die Statistik Basis für Arbeitsmarktstatistiken und die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) • *Hauptnutzer/-innen:* Bundesministerien des Innern und der Finanzen, entsprechende Ministerien auf der Länderebene, andere politische Entscheidungsträger und Tarifvertragsparteien sowie Interessenten aus Wirtschaft und Wissenschaft, die VGR, Bundesagentur für Arbeit, internationale Organisationen wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), International Labor Organisation (ILO) und Europäische Union (EU).

3 Erhebungsmethodik

Seite 4

- *Art der Datengewinnung:* Die Datenlieferung in Form von Einzeldatensätzen erfolgt überwiegend aus Personalabrechnungsstellen auf elektronischen auswertbaren Datenträgern an die Statistischen Ämter • *Erhebungsinstrumente und Erhebungsweg:* Alle Einheiten des Bundes und solche, an denen mehrheitlich der Bund beteiligt ist, werden zentral vom Statistischen Bundesamt befragt, die übrigen Einheiten vom Statistischen Amt der Länder. Bundes- und einzelne Länderergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt in aggregierter Form zusammengeführt.

4 Genauigkeit

Seite 5

- *Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit:* Bei der Personalstandstatistik handelt es sich um eine Vollerhebung (Sekundärdaten), deren Qualität als sehr gut eingeschätzt wird.

5 Aktualität und Pünktlichkeit

Seite 6

- Erhebungsstichtag ist der 30.06. des jeweiligen Jahres. Ergebnisse werden gewöhnlich knapp ein Jahr nach dem Erhebungsstichtag veröffentlicht.

6 Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit

Seite 6

- *Qualitative Bewertung der Vergleichbarkeit:* Der Ausgliederungsprozess aus den öffentlichen Haushalten ist eine wichtige Ursache für Personalverschiebungen zwischen einzelnen Bereichen, „echte“ Privatisierungen (Verkauf von Unternehmen in privater Rechtsform durch Abgabe der Mehrheitsbeteiligungen an nicht öffentliche Eigner) führen zu einem Rückgang des Personalbestandes. Auf räumlicher Ebene gibt es Probleme bei der Vergleichbarkeit der Gebietskörperschaften untereinander, Vergleiche zwischen einzelnen Gemeinden und Ländern sind nur unter Berücksichtigung der spezifischen Verwaltungsstrukturen möglich. Besonders Vergleiche zwischen Stadtstaaten und Flächenländern können zu Fehlinterpretationen führen • *Änderungen, die Auswirkungen auf die zeitliche Vergleichbarkeit haben:* Bei einigen Merkmalen ist die zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit durch rechtliche Änderungen oder den Erhebungsstichtag nur eingeschränkt möglich: so z.B. bei den Bruttobezügen im Berichtsmonat Juni, in die die Sonderzahlung bei einigen Ländern monatlich einbezogen ist; dem Personal in Ausbildung durch stichtagsbedingte Unterzeichnung; durch die Einführung des TVöD/T-L sind Einstufungen der Arbeitnehmer intertemporär nicht mehr vergleichbar, eine Laufbahngruppenzuordnung ist nicht mehr möglich; das doppelte Rechnungswesen bei den Kommunen, bei dem die Systematik der Produktgruppen an die Stelle der Gliederungssystematik der Aufgabenbereiche tritt.

7 Bezüge zu anderen Erhebungen

Seite 7

- *Input für andere Statistiken:* Die Daten der Personalstandstatistik werden von der Bundesagentur für Arbeit (zur Arbeitslosenquotenberechnung), den Erwerbstätigenrechnungen des Bundes und der Länder, den Verdienststatistiken und der VGR genutzt. • *Unterschiede zu vergleichbaren Statistiken und Ergebnissen:* Starke Verknüpfungen bestehen zu den Finanzstatistiken und den dort ausgewiesenen Personalausgaben, bei Vergleichen der Vollzeitäquivalente der Personalstandstatistik mit den in öffentlichen Haushalten enthaltenen Stellenplänen kommt es zu Diskrepanzen. Es gibt Berührungspunkte zu den Arbeitsmarkt- und Verdienststatistiken sowie der Rechtspflege-, Schul-, Hochschul- und Bildungsstatistik.

8 Weitere Informationsquellen

Seite 8

- *Publikationswege, Bezugsadresse:*
<http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/n0000.csp?treeid=74000>
- *Kontaktinformation:* Statistisches Bundesamt, Gruppe VIC, Telefon: 0611/75-4316,
<http://www.destatis.de/kontakt/>

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

1.1 Bezeichnung der Statistik (gem. EVAS)

Personalstand (gemäß EVAS-Nr. 741)

1.2 Berichtszeitraum

Die Ergebnisse werden jeweils zum Stichtag 30.06. eines Jahres nachgewiesen.

1.3 Erhebungstermin

Am 30.06. des jeweiligen Jahres.

1.4 Periodizität und Zeitraum, für den eine Zeitreihe ohne Bruch vorliegt

Grundsätzlich liegen jährliche Einzeldaten ab 1998 vor. Auf Grund besoldungs- und tarifrechtlicher Änderungen und in Folge von Systematikumstellungen gibt es für einige Merkmale keine einheitlichen Zeitreihen.

1.5 Regionale Gliederung

Öffentliche Arbeitgeber in Deutschland einschließlich des Personals des öffentlichen Dienstes, das im Ausland eingesetzt ist.

1.6 Erhebungsgesamtheit und Zuordnungsprinzip der Erhebungseinheiten

Die Personalstandstatistik liefert Daten über die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis mit der jeweiligen Einrichtung stehen. Die öffentlichen Arbeitgeber umfassen den öffentlichen Dienst und die Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. Zum öffentlichen Dienst gehören der Bund, die Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, die Zweckverbände, das Bundeseisenbahnvermögen (einschl. der Beamtinnen und Beamten, die der Deutschen Bahn AG zugewiesen wurden), die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger und andere rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Die rechtlich selbstständigen Organisationen ohne Erwerbszweck für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung mit überwiegend öffentlicher Finanzierung werden im Rahmen der Forschungsstatistik nachgewiesen. Nicht nachgewiesen sind ferner Rundfunk- und Fernsehanstalten, Geschäftsbanken, Verbände und Kirchen.

1.7 Erhebungseinheiten

Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber.

1.8 Rechtsgrundlagen

1.8.1 EU-Recht

Für die Personalstandstatistik gibt es keine Rechtsgrundlage auf EU-Ebene.

1.8.2 Bundesrecht

Die Personalstandstatistik wird entsprechend den Bestimmungen des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I. S. 438), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I. S. 462, 565) in der jeweils geltenden Fassung durchgeführt.

1.8.3 Landesrecht

Für die Personalstandstatistik gibt es keine Rechtsgrundlage aus Landesrecht.

1.8.4 Sonstige Grundlagen

Nicht relevant

1.9 Geheimhaltung und Datenschutz

Nach § 16 BStatG sind Einzelangaben grundsätzlich geheim zu halten, soweit durch besondere Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist. § 14 FPStatG ist eine solche Rechtsvorschrift, hiernach dürfen den obersten Bundes- und Landesbehörden für festgelegte Verwendungszwecke Tabellen mit Ergebnissen übermittelt werden, auch wenn Tabellenfelder nur einen einzigen Fall enthalten. § 15 FPStatG lässt die Veröffentlichung von Ergebnissen auf Ebene der Erhebungseinheit mit Ausnahme der in § 2 Abs. 1 Nr. 7 FPStatG genannten Stellen (Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung) zu.

2 Zweck und Ziele der Statistik

2.1 Erhebungsinhalte

Die Beschäftigten, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis zu den auskunftspflichtigen Dienststellen stehen und in der Regel Gehalt, Entgelt, Vergütung oder Lohn aus den Haushaltsmitteln dieser Stellen beziehen, werden nach folgenden Erhebungsmerkmalen erfasst:

1. Geburtsmonat und -jahr,
2. Geschlecht,
3. Art, Umfang und Dauer des Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnisses,
4. Laufbahngruppe, Einstufung, Dienst- oder Lebensaltersstufe, Ortszuschlagsstufe oder Stufe des Familienzuschlags, Bruttobezüge im Berichtsmonat (Juni), gegliedert nach Bezügebestandteilen,
5. Dienst- oder Arbeitsort sowie bei den in einem Dienstverhältnis stehenden Personen der Wohnort,
6. Einzelplan, Kapitel und Aufgabenbereich.

2.2 Zweck der Statistik

Die Ergebnisse der Personalstandstatistik sind Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts. Die dort zu treffenden Regelungen erfordern sehr detaillierte statistische Ergebnisse, die den jeweils gefragten Sachverhalt eingehend beleuchten. Die Personalstandstatistik bildet eine wichtige Datengrundlage für Änderungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems. Sie ist wichtige Basis für Vorausberechnungen über die Höhe der zukünftigen Versorgungsausgaben. Die Ergebnisse der Personalstandstatistik dienen ferner der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes und der Länder, sie sind Grundlage für Personalstruktur- und Organisationsuntersuchungen, die Aufstellung von Gleichstellungskonzepten sowie Benchmarking insbesondere im kommunalen Bereich und werden von Ländern und Gemeinden genutzt, um Rationalisierungspotenzial aufzudecken.

Da für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse keine Sozialversicherungspflicht besteht, stellt die Personalstandstatistik die einzige umfassende Datenquelle zur Ergänzung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten dar und fließt damit in Arbeitsmarktstatistiken und in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Personalstandstatistik für die Ermittlung der Arbeitskosten und für die Verdiensterhebung in den Bereichen 75 „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ und 80 „Erziehung und Unterricht“ der Klassifikation der Wirtschaftszweige verwendet. Hier ersetzen sie die ansonsten nötige Datenerhebung.

2.3 Hauptnutzer/-innen der Statistik

Neben dem Bundesministerium des Innern, das im Bereich des Bundes für die Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und des Versorgungsrechts zuständig ist, nutzen auch andere politische Entscheidungsträger und Tarifvertragsparteien sowie Interessenten aus Wirtschaft und Wissenschaft die Personalstandstatistik. Die Ergebnisse sind außerdem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Bundesagentur für Arbeit von großer Bedeutung und werden von internationalen Organisationen (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), International Labor Organisation (ILO), Europäische Union (EU)) für Studien herangezogen.

2.4 Einbeziehung der Nutzer/-innen

Die Weiterentwicklung der Personalstandstatistik erfolgt in enger Zusammenarbeit mit wichtigen Nutzern.

Die Festlegung der Merkmale und Ausprägungen ergibt sich aus den Bestimmungen des FPStatG. Fachspezifische Fragen oder Anregungen können im Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“ eingebracht werden.

3 Erhebungsmethodik

3.1 Art der Datengewinnung

Die Personalstandsdaten werden überwiegend von zentralen Personalabrechnungsstellen nach einem jährlich weitgehend gleich bleibenden Merkmalskatalog in Form von Einzeldatensätzen auf elektronisch auswertbaren Datenträgern geliefert. Bei einzelnen Berichtsstellen, die dieses Verfahren nicht anwenden können, werden die Daten mit einem Fragebogen erfasst. Die Ergebnisse können per Internet-Erhebung dem jeweiligen Statistikamt übermittelt werden. Es handelt sich bei der Personalstandstatistik um eine Vollerhebung.

3.2 Stichprobenverfahren

Da es sich um eine Totalerhebung und nicht um eine Stichprobe handelt, können keine Angaben zum Stichprobenverfahren gemacht werden.

3.2.1 Stichprobendesign

Nicht relevant

3.2.2 Stichprobenumfang, Auswahlatz und Auswahlinheit

Nicht relevant

3.2.3 Schichtung der Stichprobe

Nicht relevant

3.2.4 Hochrechnung

Nicht relevant

3.3 Saisonbereinigungsverfahren

Nicht relevant

3.4 Erhebungsinstrumente und Berichtsweg

Bei allen Einheiten des Bundes und solchen, an denen mehrheitlich der Bund beteiligt ist, wird die Befragung zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die übrigen Einheiten werden von dem Statistischen Amt der Länder befragt. Die Bundes- und einzelnen Länderergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt in aggregierter Form zusammengeführt.

3.5 Belastung der Auskunftspflichtigen

Die benötigten Daten werden hauptsächlich aus laufend gepflegten Besoldungs- bzw. Verwaltungsdateien der zentralen Personalabrechnungsstellen geliefert. Daher ist die Datenlieferung auf wenige Stellen beschränkt und die Belastung der einzelnen Berichtsstellen gering gehalten.

3.6 Dokumentation des Fragebogens

Die Erhebungsinhalte ergeben sich aus dem FPStatG. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (§ 6 Abs. 1) werden als Einzeldaten überwiegend bei zentralen Personalabrechnungsstellen erhoben. Ein Fragebogen im herkömmlichen Sinn existiert nur für die als Summendaten erhobenen Beschäftigten der Erhebungseinheiten in privater Rechtsform (§ 6 Abs. 3). Für die Einzeldaten gibt es Datensatzbeschreibungen. Da einige Merkmale landesspezifische Ausprägungen aufweisen, gibt es dabei keinen bundeseinheitlichen Datensatz.

4 Genauigkeit

4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit

Die Personalstandstatistik wird jährlich zum Stichtag 30. Juni als Vollerhebung durchgeführt. Folglich sind stichprobenbedingte Fehler ausgeschlossen. Bei einer Vollerhebung sind nicht-stichprobenbedingte Fehler (z.B. Messfehler) nicht völlig zu vermeiden, werden aber durch die Anbindung an die Personalabrechnungsstellen sowie durch entsprechend konzipierte Plausibilitätsprüfungen in den Statistischen Ämtern minimiert, so dass die Ergebnisse der Personalstandstatistik von hoher Datenqualität sind.

4.2 Stichprobenbedingte Fehler

Da es sich um eine Totalerhebung und nicht um eine Stichprobe handelt, können keine Angaben zum Stichprobenverfahren gemacht werden.

4.2.1 Standardfehler

Nicht relevant

4.2.2 Ergebnisverzerrungen durch das Hochrechnungsverfahren

Nicht relevant

4.3 Nicht-stichprobenbedingte Fehler

4.3.1 Fehler durch die Erfassungsgrundlage

Der Kreis der Einrichtungen in privater Rechtsform ist laufend Änderungen unterworfen. Ursache dafür sind neben den anhaltenden Ausgliederungstendenzen aus den öffentlichen Haushalten alle Vorgänge, die auch bei rein privatwirtschaftlichen Unternehmen auftreten können (Verschmelzung, Liquidation, Umwandlung, Gesellschafterwechsel, Veräußerung von Anteilen, Börsengang usw.). Die Qualität der Ergebnisse hängt somit entscheidend von der Aktualität der Kenntnisse über die Einheiten der Grundgesamtheit ab. Auf Grund der großen Dynamik in der Grundgesamtheit und der zeitlichen Verzögerung bei der Veröffentlichung solcher Vorfälle (Bundesanzeiger, Beteiligungsberichte von Kommunen, Bundesländern und Bund) ist von einer gewissen Untererfassung auszugehen, die aber nicht quantifiziert werden kann. Weniger bedeutsam ist die Übererfassung, bei der Einheiten befragt werden, die auf Grund geänderter Eigentumsverhältnisse nicht (mehr) zum Kreis der Berichtspflichtigen gehören. Diese Einheiten hinterfragen in der Regel ihre Berichtspflicht und werden aus der Grundgesamtheit gelöscht.

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen sind die Änderungen wesentlich überschaubarer. Daher ist die Genauigkeit der Daten zum öffentlichen Dienst höher als die der Einrichtungen in privater Rechtsform.

4.3.2 Antwortausfälle auf Ebene der Einheiten (Unit-Non-Response)

Bei der Erfassung der Personalstandsdaten sind Antwortausfälle sowohl auf der Ebene der statistischen Einheiten als auch auf der Ebene statistischer Merkmale sehr selten.

4.3.3 Antwortausfälle auf Ebene wichtiger Merkmale (Item-Non-Response)

Durch die weitgehend elektronische Lieferung der Daten von den Personalabrechnungsstellen gibt es insbesondere bei vergütungsrelevanten Merkmalen nur in seltenen Fällen fehlerhafte Angaben. Auftretende Fehler werden in der Aufbereitungsphase durch die Plausibilisierung der Angaben so weit möglich berichtigt. Merkmale, die nicht zahlungsrelevant sind, weisen dabei eine größere Ungenauigkeit auf als Merkmale, die zur Ermittlung der Bezüge benötigt werden. Bei sehr detaillierten Auswertungen ist bei folgenden Merkmalen mit Ungenauigkeiten zu rechnen: "Dienst- oder Arbeitsort" und "Aufgabenbereich". Darüber hinaus ist die Zuordnung zur Laufbahngruppe (gehobener oder höherer Dienst) bei Lehrämtern nicht immer zutreffend.

4.3.4 Imputationsmethoden

Es kommen keine Imputationsmethoden zur Anwendung, da es keinen Antwortausfall auf Ebene wichtiger Merkmale gibt.

4.3.5 Weiterführende Analysen zum systematischen Fehler

Für die veröffentlichten Daten gibt es keine Analysen zum systematischen Fehler.

4.4 Laufende Revisionen

Es treten keine Revisionen auf.

4.4.1 Umfang des Revisionsbedarfs

Nicht relevant

4.4.2 Gründe für Revisionen

Nicht relevant

4.5 Außergewöhnliche Fehlerquellen

Besondere Fehlerquellen oder außergewöhnliche Ereignisse mit Auswirkungen auf die Ergebnisqualität sind nicht bekannt.

5 Aktualität und Pünktlichkeit

5.1 Aktualität vorläufiger Ergebnisse

Vorläufige Ergebnisse werden nur bei Terminverzögerungen veröffentlicht.

5.2 Aktualität endgültiger Ergebnisse

Erhebungstichtag: 30.06. des jeweiligen Jahres; Ergebnisse werden gewöhnlich knapp ein Jahr nach dem Erhebungstichtag veröffentlicht.

Ergebnisse zu einzelnen Ländern sind bei den Statistischen Ämtern der Länder teilweise früher verfügbar.

5.3 Pünktlichkeit

Die Ergebnisse stehen in der Regel termingerecht zur Verfügung.

6 Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit

6.1 Qualitative Bewertung der Vergleichbarkeit

Obwohl einzelne Auswertungen und Erhebungsmerkmale der Personalstandstatistik den Bedürfnissen der Nutzer angepasst wurden, ist dennoch die Vergleichbarkeit mit Vorjahren weitgehend gewährleistet. Zu beachten ist freilich, dass der Ausgliederungsprozess aus den öffentlichen Haushalten eine wichtige Ursache für Personalverschiebungen zwischen einzelnen Bereichen ist und dass „echte“ Privatisierungen (Verkauf von Unternehmen in privater Rechtsform durch Abgabe der Mehrheitsbeteiligungen an nicht öffentliche Eigner) zu einem Rückgang des Personalbestandes führen. Auf räumlicher Ebene treten Probleme bei der Vergleichbarkeit der Gebietskörperschaften untereinander auf. Vergleiche zwischen einzelnen Gemeinden und Ländern sind nur unter Berücksichtigung der spezifischen Verwaltungsstrukturen möglich. Besonders Vergleiche zwischen Stadtstaaten und Flächenländern können zu Fehlinterpretationen führen.

Bei einigen Merkmalen ist die zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit durch rechtliche Änderungen oder den Erhebungstichtag nur eingeschränkt möglich. Dies ist insbesondere bei der Interpretation folgender Merkmale zu beachten:

Bruttobezüge im Berichtsmonat (Juni)

In einigen Bundesländern wird die Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter seit dem Jahr 2004 monatlich anteilig ausbezahlt. Hierdurch steigen die im Rahmen der Personalstandstatistik erhobenen Bezüge für den Monat Juni, ohne dass dies zu einem Anstieg der Jahresbezüge führt. Die Änderung der Auszahlungsmodalitäten war in der Regel hingegen mit einer Kürzung der Sonderzahlung verbunden. Diese Kürzungen werden auf Grund des Erhebungstichtags von den Ergebnissen der Personalstandstatistik nicht widerspiegelt. Aus diesem Grund sind die Durchschnittsbezüge nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Auch ein Vergleich zwischen den Körperschaftsebenen ist nicht mehr uneingeschränkt möglich. Darüber hinaus ist zu beachten, dass in den neuen Bundesländern vollzeitbeschäftigte

Arbeitnehmer teilweise auf Grund von Anwendungstarifverträgen mit Einkommenseinbußen verbundene Arbeitszeitverkürzungen hinnehmen mussten.

Zweckverbände

Seit der Erhebung der Personalstandstatistik zum 30. Juni 2004 erfolgt die Unterscheidung zwischen Kernhaushalten und Sonderrechnungen der Zweckverbände wie früher bereits für die Gebietskörperschaften anhand der Rechtsform. Die frühere Unterscheidung anhand des Rechnungswesens entfällt. Hierdurch kommt es bei den Zweckverbänden zu einer Verschiebung von den Sonderrechnungen zu den Kernhaushalten.

Personal in Ausbildung

Zu Fehlinterpretationen kann es bei der Beurteilung der Ausbildungsleistung der öffentlichen Arbeitgeber kommen. Auf Grund des Stichtages 30. Juni können ganze Ausbildungsjahrgänge die Ausbildung zum Erhebungsstichtag bereits beendet haben mit der Folge, dass die tatsächliche Ausbildungsleistung stichtagsbedingt unterzeichnet wird.

Einführung der Tarifwerke TVöD und TV-L

Die Tariflandschaft im öffentlichen Dienst hat sich mit der Einführung des TVöD und des TV-L grundlegend gewandelt. Dies hatte zur Folge, dass Einstufungen im Arbeitnehmerbereich nicht intertemporär vergleichbar sind, keine Laufbahngruppenzuordnung für Arbeitnehmer mehr möglich ist und die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten entfallen ist.

Einführung des doppischen Rechnungswesens bei den Kommunen

Seit dem Beschluss der Innenministerkonferenz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 21. November 2003 wird in den Gemeinden und Gemeindeverbänden die bisherige Kameralistik schrittweise durch ein Haushalts- und Rechnungswesen mit doppelter Buchführung ersetzt. In den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz soll sie zum Haushaltsjahr 2009 abgeschlossen sein, in den anderen Ländern werden den Kommunen längere Umstellungsfristen eingeräumt und in zwei Ländern ist ein unbefristetes Wahlrecht zwischen den Buchungsstilen vorgesehen. Durch die Reform ändert sich die aus den Haushalten übernommene Systematik für das Merkmal „Aufgabenbereich“ der Personalstandstatistik. Die Systematik der Produktgruppen tritt an die Stelle der Gliederungssystematik der Aufgabenbereiche.

Für die zusammenfassende statistische Berichterstattung werden die Produktnummern der doppisch buchenden Gemeinden über Hilfsschlüssel in die Systematik der Gliederungsnummern überführt und mit den kameralistisch buchenden Berichtsstellen zusammengefasst. Auf Grund beträchtlicher inhaltlicher und systematischer Unterschiede ist die Umschlüsselung allerdings nur eingeschränkt möglich. Daher sind Vergleiche zwischen kameral und doppisch buchenden Kommunen und intertemporale Analysen bezüglich des Merkmals „Aufgabenbereich“ nur eingeschränkt möglich.

6.2 Änderungen, die Auswirkungen auf die zeitliche Vergleichbarkeit haben

Bei einigen Merkmalen ist die zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit durch rechtliche Änderungen nur eingeschränkt möglich (nähere Hinweise siehe 6.1).

7 Bezüge zu anderen Erhebungen

7.1 Input für andere Statistiken

Die Daten der Personalstandstatistik werden von der Bundesagentur für Arbeit (zur Arbeitslosenquotenberechnung), der Arbeitskräfteerhebung (AKR), den Erwerbstätigenrechnungen des Bundes und der Länder, den Verdienststatistiken und der VGR genutzt.

7.2 Unterschiede zu vergleichbaren Statistiken oder Ergebnissen

Die Personalstandstatistik hat eine Reihe von Bezugspunkten zu anderen Statistiken. Betrachtet man die Personalstandstatistik aus Sicht der öffentlichen Haushalte, so ergeben sich starke Verknüpfungen mit den Finanzstatistiken und den dort ausgewiesenen Personalausgaben. Auf Grund gleicher Merkmale (Funktionen und Gliederungsnummern der staatlichen und kommunalen Haushaltssystematik) ist eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse weitgehend gegeben. Zu beachten ist jedoch, dass Beschäftigte nicht in allen Fällen aus dem Haushaltstitel für Personalausgaben bezahlt werden müssen (insbesondere bei Durchführung temporärer Projektarbeiten). Bei Vergleichen der Vollzeitäquivalente der Personalstandstatistik mit den in öffentlichen Haushalten enthaltenen Stellenplänen kommt es wegen folgender Faktoren zu Diskrepanzen:

- Beschäftigte, die nicht aus dem Titel für die Personalausgaben finanziert werden, werden in der Regel nicht auf einer Stelle im Haushaltsplan geführt,
- Planstellen müssen nicht immer besetzt sein,
- Beschäftigte in Altersteilzeit werden bei der Ermittlung der Vollzeitäquivalente der Personalstandstatistik anteilig berücksichtigt. Im Stellenplan ist dies nicht der Fall. Hier wird über den gesamten Zeitraum der Altersteilzeit - also auch in der Freistellungsphase - eine Stelle benötigt. Bei Nachbesetzungen kann in der Freistellungsphase eine Ersatzplanstelle ausgebracht werden.

Aus Arbeitsmarktsicht bietet die Personalstandstatistik - neben der Haushaltsbefragung Mikrozensus bzw. der EU-Arbeitskräfteerhebung, die als Stichprobenerhebungen durchgeführt werden - eine umfassende Datenquelle der nicht

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ergänzt somit die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie die Daten der Rentenversicherungsträger und fließt somit in die Berechnung der Arbeitslosenquoten der BA und in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein. Die international übliche Definition der Erwerbstätigen nach den ILO-Kriterien, wie sie beispielsweise in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen genutzt wird, entspricht nicht dem in den Veröffentlichungen der Personalstandstatistik nachgewiesenen Konzept, welches sich an dem haushaltsorientierten Ansatz der Finanzstatistik orientiert und den Bedürfnissen der Hauptnutzer der Finanzstatistiken entspricht.

In der Personalstandstatistik werden nur Beschäftigte, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis zu den öffentlichen Arbeitgebern stehen und in der Regel Gehalt, Entgelt, Vergütung oder Lohn aus den Haushaltsmitteln dieser Stellen beziehen, erfasst. Hierzu zählen auch Beschäftigte, die aus Drittmitteln finanziert werden (z.B. Stiftungsprofessuren). Nicht enthalten sind dagegen Beschäftigte mit Werksverträgen oder Personen, die Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II („Ein-Euro-Jobs“) wahrnehmen.

In den Veröffentlichungen der Personalstandstatistik werden in der Regel auch geringfügig Beschäftigte nicht mit ausgewiesen, da sie weder in den Stellenplänen der Haushalte enthalten sind noch nach tarifvertraglichen Regelungen vergütet werden. Aus diesen Gründen erfolgt deren Nachweis nur nachrichtlich. Der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendete Begriff „Sektor Staat“ und der in zahlreichen Statistiken nachgewiesene Abschnitt L „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ der Klassifikation der Wirtschaftszweige kann nicht mit dem in der Personalstandstatistik verwendeten Begriff „öffentlicher Dienst“ gleichgesetzt werden.

Unter der Bezeichnung „Beamte“ werden im Mikrozensus auch Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten (einschließlich der Wehrpflichtigen) sowie Dienstordnungsangestellte nachgewiesen, da diese in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen. Die Personalstandstatistik schließt die Wehrdienstleistenden generell nicht mit ein. Berufs- und Zeitsoldaten und -soldatinnen, Richterinnen und Richter sowie Dienstordnungsangestellte werden explizit erhoben und je nach Bedarf in unterschiedlicher Form nachgewiesen. Die Personalstandstatistik hat darüber hinaus Berührungspunkte mit zahlreichen anderen Statistiken. Zu nennen sind hier beispielsweise die Rechtspflege-, Schul-, Hochschul- und Bildungsstatistik. Bei Vergleichen mit der Bildungsstatistik ist darauf zu achten, dass der dortige Nachweis „Ausbildung in Berufen des öffentlichen Dienstes“ nicht mit Ausbildung im öffentlichen Dienst vergleichbar ist. Im öffentlichen Dienst werden auch andere Berufsausbildungen angeboten, die z.B. unter die so genannten Kammerberufe fallen.

8 Weitere Informationsquellen

8.1 Publikationswege, Bezugsadresse

Ergebnisse zur Personalstandstatistik werden im Internet unter

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/FinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/OeffentlicherDienst.psml> und als Download in der Fachserie 14/Reihe 6 „Personal des öffentlichen Dienstes“ (<http://www.ec.destatis.de/csp/shop/sfg/n0000.csp?treeid=74000>) veröffentlicht.

8.2 Kontaktinformation

Bei Fragen oder Anmerkungen zur Personalstandstatistik wenden Sie sich bitte an folgende Adresse:

Statistisches Bundesamt

Gruppe Öffentliche Haushalte und Unternehmen (VIC)

Gutav-Stresemann-Ring 11

65189 Wiesbaden

Tel.: 0611/75-4316 (Service)

Fax: 0611/75-3997

E-Mail: personalstatistiken.oeffentlicher-dienst@destatis.de

8.3 Weiterführende Veröffentlichungen

- Aufsätze in „Wirtschaft und Statistik“ (zuletzt für Erhebungsjahr 2006):
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Arbeitsmarkt/Beschaeftigte__Oeffentlarbeitgeber0606.property=file.pdf